



Entschließung des Parteitages der Partei DIE LINKE Thüringen  
am 13. November 2010 in Steinhaleben

### **Gemeinsam für ein gutes Leben! Gemeinsam für soziale Gerechtigkeit!**

Heute am 13. November 2010 fordern in Erfurt, Stuttgart, Dortmund und Nürnberg Tausende Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter auf Großkundgebungen einen „Kurswechsel für ein Gutes Leben“. In den letzten Monaten sind immer wieder Zehntausende gegen das unsoziale Sparpaket der Bundesregierung auf die Straßen gegangen und haben in den Betrieben ihre Forderung nach mehr sozialer Gerechtigkeit und für ein gutes Leben deutlich gemacht.

Auch wenn viele von uns wegen unseres Parteitages heute nicht in Erfurt auf der Demonstration dabei sein können, erklärt DIE LINKE Thüringen einstimmig:

### **Wir stehen an Eurer Seite!**

Denn die Politik der schwarz-gelben Bundesregierung zur Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise bedeutet noch mehr Umverteilung von Unten nach Oben. Mit Milliarden Euro Steuergeldern werden jene nachträglich subventioniert, die die Krise durch ihre Profitgier erst verursacht haben – Banken und Börsenspekulanten. Zahlen sollen erneut die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Rentner und Hartz-IV-Empfänger.

Diese katastrophale Politik zeigt sich auch auf dem Arbeitsmarkt. Hier herrscht ein soziales Ungleichgewicht, dass viele Unternehmer skrupellos ausnutzen. Nach wie vor verdienen Millionen von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern deutlich weniger als ihre festangestellten KollegInnen am Arbeitsplatz nebenan – das ist ein Skandal. Überall muss gelten: Gleiches Geld für gleichwertige Arbeit, selbstverständlich auch für Frau und Mann. Mit ihrem Zeitarbeitsgesetz haben ausgerechnet SPD und Grüne die Leiharbeit von der Ausnahme fast zu Regel gemacht. DIE LINKE fordert deshalb gesetzliche Regelungen zur Gleichbehandlung von Leih- und Regelarbeitsplätzen. Nicht nur beim Stundenlohn, auch bei Sonderzahlungen, Arbeitszeit und bei der betrieblichen Interessenvertretung. Für alle Beschäftigten im Betrieb muss gelten: EIN Betrieb – EINE Gewerkschaft – EIN Betriebsrat!

Für all jene, die keine Arbeit mehr haben, bedeutet Hartz-IV Armut per Gesetz. Wer jahrelang Geld in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat, wird nach nur einem Jahr der meist unverschuldeten Arbeitslosigkeit zum Bittsteller beim Amt gemacht. Zugleich zwingt Hartz-IV die Beschäftigten dazu, Arbeit für immer weniger Geld anzunehmen. Das von SPD und Grünen eingeführte Gesetz hat auch dazu geführt, dass Millionen von Beschäftigten für ein Einkommen arbeiten, dass nicht zum Auskommen reicht. Sie müssen aufs Amt, um ihre Hungerlöhne aufzustocken, allein in Thüringen über 60.000. Dagegen hilft nur tarifgerechte Bezahlung und ein Existenz sichernder flächendeckender und einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn, wie ihn Gewerkschaften und DIE LINKE fordern.

Bisher hat jede Bundesregierung und auch die Thüringer Landesregierung durch Zahlenakrobatik versucht, die Zahl der Arbeitslosen schön zu rechnen. Ob Kurzarbeiter, 1-Euro-Jobs und andere „Maßnahmen“, ob in den Vorruhestand gedrängte oder nicht berufstätige Ehefrauen, die einfach aus

der Statistik gestrichen wurden – die Kreativität der Zahlentrickser scheint unerschöpflich. Allein in Thüringen werden so 143220 Menschen in der Arbeitslosenstatistik nicht erfasst. Die Anzahl der Arbeitssuchenden in Thüringen ist mit 208.000 mehr als doppelt so hoch wie die Zahl der offiziell arbeitslos gemeldeten. Das ist die Wahrheit hinter dem zynischen Satz von Wirtschaftsminister Brüderle (FDP), wir befänden uns auf der Schnellstraße in die Vollbeschäftigung!

Um der politischen und wirtschaftlichen Macht der Unternehmer gemeinsam entgegen treten zu können, braucht es starke betriebliche Mitbestimmung. Deshalb ist nicht die Einschränkung, sondern der Ausbau der Rechte von Betriebs- und Personalräten das Gebot der Stunde. Denn nur wenn Beschäftigte und Arbeitgeber auf Augenhöhe miteinander verhandeln, können gute Ergebnisse im Interesse der Beschäftigten erzielt werden. DIE LINKE hat einen entsprechenden Gesetzesvorschlag in den Bundestag eingebracht – er wurde von einer Koalition aus CDU/CSU, FDP, SPD und Grünen weggestimmt!

Für notwendige und mögliche Veränderungen braucht es starke Bündnisse. Nur gemeinsam kann es gelingen, die berechtigten Forderungen für Menschenwürde und ein Gutes Leben durchzusetzen. Deshalb steht DIE LINKE. Auch in Thüringen an der Seite der Gewerkschaften, sozialer Vereine und Verbände sowie Bündnissen für Demokratie und soziale Gerechtigkeit. Mit Protesten auf der Straße, in den Betrieben und in den Parlamenten gegen den Sozialkahltschlag und Arbeitsplatzabbau und mit konstruktiven Vorschlägen für mehr soziale Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft! Wir stehen solidarisch an Eurer Seite!

Die Teilnehmer des Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Thüringen